

Vom Untertan zum mündigen Bürger

In Marokko fordert die „Bewegung des 20. Februar“ die Behörden zunehmend heraus.

Das Königreich Marokko erweist sich gegenüber den neuen sozialen Bewegungen als erstaunlich resistent. Zwar konnte die „Bewegung des 20. Februar“, welche sich für grundlegende Reformen in Marokko einsetzt, einen gewissen politischen Druck erzeugen. Doch bis anhin bleibt sie eine soziale Bewegung mit limitierter Kraft, die vor allem von jüngeren Menschen aus der Mittelschicht der grossen Städte und von Aktivisten aus der Zivilgesellschaft getragen wird. Eine landesweite Mobilisierung, die insbesondere auch die armen Vorstädte erreichen würde, ist bis heute nicht gelungen.

Beat Stauffer



(Quelle: Ausriss INAMO)

Rabat, im Mai.

Auf der neu gestalteten, grosszügigen Promenade an der Flussmündung des Bou Regreg finden an diesen Maitagen täglich Konzerte im Rahmen eines Festivals statt; tausende von Jugendlichen beklatschen eine lokale Rap-Band frenetisch. Auch sonst herrscht in der marokkanischen Hauptstadt eine friedliche und entspannte Stimmung. Nur ein kleines Grüppchen von Imamen hat am frühen Nachmittag vor dem Parlament lautstark auf sein Anliegen aufmerksam gemacht: Die Freiheit, die Freitagspredigten unabhängig von den Vorgaben des Ministeriums für religiöse Angelegenheit gestalten zu können. Der Kontrast zu zahlreichen anderen arabischen Ländern, in denen Demonstrationen mit äusserster Härte unterdrückt werden oder wo gar bürgerkriegsähnliche Verhältnisse herrschen, ist eklatant. Marokko muss dem Beobachter wie ein Hort der Stabilität erscheinen.

Doch dieser Eindruck könnte täuschen. Zwar ist die Lage im Land in der Tat erstaunlich ruhig. Doch auch in Marokko ist, inspiriert von den Ereignissen von Tunis und Kairo, eine neue Protestbewegung entstanden, die sich regelmässig mit Demonstrationen und Sit-Ins bemerkbar macht und auch bereits einen Einfluss auf das politische Geschehen im Land verbuchen kann. Sie nennt sich „Bewegung des 20. Februar“, weil an diesem Tag die ersten landesweiten Demonstrationen stattgefunden haben. Via die neuen sozialen Medien sei wenige Tage zuvor der Aufruf zirkuliert, den virtuellen Raum zu verlassen und die Forderungen nach mehr Bürgerrechten auf die Strasse zu tragen, erklärt Farah, eine junge Aktivistin der ersten Stunde. Mit grosser Begeisterung und einer gewissen Überraschung hätten sie und ihre Gesinnungsgenossinnen, die zuvor kaum politisch engagiert gewesen sein, realisiert, wie viele tausend junge Menschen sich auch in Marokko Veränderungen wünschten.

Nach dem Anfangserfolg entschlossen sich die jungen Aktivisten, einmal pro Monat landesweite Demonstrationen durchzuführen. Genau so geschah es: Am 20. März, am 23. April und am 22. Mai fanden weitere Demonstrationen statt, an denen sich jeweils einige zehntausend Menschen aus mittlerweile gegen 80 Städten und Kommunen beteiligten. Angesichts einer Bevölkerungszahl von über 30 Millionen Menschen hält sich die Mobilisierung bis anhin in recht engen Grenzen.

Zurückhaltende Forderungen

Was aber wollen die Demonstranten, die mehrheitlich der Generation der unter 25-Jährigen zuzurechnen sind? Zum einen entsprechen ihre Forderungen weitgehend denjenigen der Aktivisten in anderen arabischen Ländern: mehr Bürgerrechte; ein Ende von Korruption, Vetternwirtschaft und Machtmissbrauch; mehr soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Perspektiven vorab für jüngere Menschen. Das Stichwort „Würde“ nimmt dabei einen hohen Stellenwert ein; es ist als Gegenstück zum Begriff der „Hogra“ zu sehen, der Herablassung und

Verachtung, mit der die Machthaber in den meisten arabischen Ländern ihre Völker zu behandeln pflegten.

Im Gegensatz zu anderen arabischen Ländern richtet sich der Zorn der Demonstranten allerdings nicht auf das Staatsoberhaupt; der König und die Staatsform der Monarchie stehen in Marokko kaum zur Debatte. Vielmehr fordern sie eine echte konstitutionelle Monarchie, in welcher der König bloss repräsentative Funktionen ausübt und den Zusammenhalt des Landes garantiert sowie eine echte Gewaltenteilung.

Diese erstaunliche Zurückhaltung dürfte zum einen mit einer echten Popularität des Monarchen in weiten Bevölkerungskreisen und mit der tiefen Verankerung der Institution der Monarchie zusammenhängen. Doch daraus abzuleiten, das marokkanische Regierungssystem stehe unangefochten über allen Stürmen, die gegenwärtig die arabische Welt erschüttern, wäre ein Irrtum. Denn zum einen fordern die Demonstranten unmissverständlich eine Beschränkung der absolutistischen Befugnisse des Monarchen. Zum anderen kritisieren sie unmissverständlich den „Makhzen“, den traditionellen Machtapparat des Palastes und insbesondere das direkte Umfeld des Königs, das als Verkörperung dieses Apparates gesehen wird}. Dazu gehören unter anderen Fouad Ali al-Himma, der ehemalige Staatssekretär im Innenministerium und enge Freund des Königs, sowie der königliche Privatsekretär Mounir Majidi. Da diese Figuren aufs engste mit König Mohamed VI liiert sind, liegt es auf der Hand, dass indirekt auch der Monarch selber ins Visier gerät. „Bis heute getraut sich noch kaum jemand, den König öffentlich zu kritisieren“, sagt eine Aktivistin. Erst zaghaft wird auf Internetforen ab und zu direkte Kritik am König laut.

Locker organisierte Bewegung

Die „Bewegung des 20. Februar“ ist nach Aussagen von Aktivisten nur locker organisiert und setzt zudem auf grosse Transparenz. Die Komitees in den einzelnen Städten und Kommunen handeln weitgehend unabhängig und fassen auch ihre Parolen selbständig. Die Koordination unter den regionalen Komitees soll weitgehend via Internet und soziale Netzwerke stattfinden. Zwar existiert eine Art „Zentralkomitee“. Doch dessen Rolle beschränkt sich auf die Organisation der nationalen Demonstrationen und auf die Medienarbeit.

Die „Bewegung des 20. Februar“ wurde schon bald nach der ersten landesweiten Demonstration von Teilen der Zivilgesellschaft unterstützt. Es handelt sich vor allem um Nichtregierungsorganisationen, die sich für Menschenrechte, ländliche Entwicklung und die Anliegen der Berber engagieren. Unterstützung finden die Aktivisten auch bei einer kleinen, linken Partei, bei der mächtigen islamistischen Organisation „Gerechtigkeit und Wohlfahrt“ sowie bei einer Reihe von Einzelpersonlichkeiten. Die Jugendlichen entschieden aber weiterhin selbständig über Ziele und Strategien, erklärt Mina

Tafnout, langjährige Aktivistin in einer Frauenorganisation und Sympathisantin der Bewegung.

Dies bestätigt auch ein Mittvierziger, der sich während Jahren in der Zivilgesellschaft engagiert und sich vor kurzem enttäuscht zurückgezogen hatte; weil er nach eigenen Worten erkennen musste, dass echten Veränderungen im Königreich sehr enge Grenzen gesetzt sind. Der Gewährsmann empfindet grosse Sympathien für die jungen „Bewegten“; sie würden nun das realisieren, was seiner Generation nicht gelungen sei. Einen Generationenkonflikt zwischen den Älteren und den Jungen vermag er nicht zu erkennen.

Eine Bewegung mit geringem Gewicht?

Sowohl die ehemalige Aktivistin der Frauenbewegung wie auch der anonyme Gewährsmann gehen davon aus, dass die Bewegung bis anhin zahlenmässig ein relativ geringes Gewicht besitzt und dass sich ihre Anhänger zum grössten Teil aus den gebildeten Mittelschichten der städtischen Zentren rekrutieren. Diese Einschätzung teilt auch Mohamed Darif, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Mohammedia. Der Demokratiebewegung sei es bis anhin nicht wirklich gelungen, andere soziale Schichten - etwa die unterprivilegierten Bewohner der armen Vorstädte - zu erreichen.

Vertreter der „Bewegung“ widersprechen dem nicht grundsätzlich, weisen aber darauf hin, dass in den letzten Wochen eine Öffnung der Bewegung stattgefunden habe. So hätten sie etwa in Rabat die Demonstration bewusst in einem einfachen Stadtteil, dem Quartier Yacoub el Mansour, durchgeführt und seien dabei auf erstaunliche Resonanz gestossen. Kamelia und Youssra, zwei junge Aktivistinnen aus Rabat, sind denn auch überzeugt davon, dass es ihnen in den kommenden Wochen gelingen werde, weit mehr Menschen als bisher auf die Strasse zu bringen.

Nüchterne Beobachter sehen dies weniger optimistisch. Für den erwähnten Gewährsmann wird das Regime alles unternehmen, um die Bewegung zu spalten und zu zerschlagen. Dabei bedient sich der „Makhzen“, so bestätigen mehrere Quellen, auch der neuen sozialen Netzwerke und setzt überdies Zivilpolizisten ein, welche sich unter die Demonstranten mischen. Auch die gezielte Diffamierung gewisser Exponenten der Bewegung soll zum Repertoire gehören.

Unzufriedenheit im Land?

Doch besteht denn in Marokko landesweit überhaupt ein grosser Unmut über die gegenwärtige Lage, der sich in landesweiten Aufständen niederschlagen könnte? Die Einschätzungen der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure gehen weit auseinander. Während viele zivilgesellschaftlich Engagierte die soziale Unrast als gross bezeichnen und von einer tiefen Krise sprechen, verweisen die Behörden – und nicht nur sie – auf Fortschritte, die

in Marokko unter der Herrschaft von Mohamed VI erzielt worden seien. Ein nicht zu unterschätzender Faktor ist zudem die traditionell grosse Passivität der ländlichen Bevölkerung.

Neu ist aber der Umstand, dass verhaltene Kritik am „Makhzen“ und an dessen Rolle als wirtschaftlicher Akteur auch aus Unternehmerkreisen kommt. Insbesondere in Casablanca, dem wirtschaftlich-industriellen Herzen des Landes, sind offenbar viele Unternehmer verärgert über den unlauteren Wettbewerb, welchen sie durch Firmen im Besitz des Palasts ausgesetzt sind. „Der ökonomische Arm des Palastes ist eine Krake, gegenüber der Unternehmer hilflos ausgeliefert sind“, sagt der Gewährsmann, der als Kleinunternehmer entsprechende Erfahrungen gemacht hat. Der Umstand, dass der Unternehmer Karim Tazi im Unterstützungskomitee für die „Bewegung“ sitzt, dürfte ein Indiz für dieses Malaise sein.

Die meisten Beobachter schätzen die politische Kraft der „Bewegung“ derzeit allerdings als nicht allzu gross ein. Immerhin gehen sie davon aus, dass die vom König angekündigte Verfassungsreform ohne Druck von der Strasse nicht zustanden gekommen wäre. Das Regime sei sich aber durchaus bewusst, dass die Demokratiebewegung unter Umständen eine Bedrohung darstellen könnte, sagt der erwähnte Gewährsmann. Als Beleg für diese These führt er die Stadt Khouribga an, das Zentrum des Phosphatabbaus. Dort hatten aufgebrachte Jugendliche Anfang April dieses Jahres, also einen Monat nach der Rede des Königs, das Verwaltungszentrum des „Office Chérifien des Phosphates“ in Brand gesetzt. Dies sei für die Behörden ein Warnzeichen gewesen. Wenn sie die Demonstrationen weiterhin zuließen und auf gewisse Forderungen eingingen, so schätzt der Gewährsmann, dann dürfte es in Marokko weiterhin recht ruhig bleiben. Sollten solche Demonstrationen aber niedergeknüppelt werden, so könne die Lage rasch ausser Kontrolle geraten.

Bei den Demonstrationen der vergangenen Wochen haben sich die Behörden bis anhin einer grossen Zurückhaltung befleißigt. Bei dem Sit-in vor der Zentrale des Inlandsgeheimdienstes in der Nähe von Rabat am 15. Mai ist es allerdings zu Zusammenstössen gekommen, die rund ein Dutzend Verletzte gefordert haben. Auch am 22. Mai sind wieder zahlreiche Demonstranten verhaftet worden.

Fast bedeutender ist allerdings ein Vorfall, der sich am vergangenen Freitag vor der Moschee Assouna in Rabat ereignet hatte. Nach dem vom staatlichen Fernsehen live direkt übertragenen Freitaggebet, an dem König Mohamed VI teilgenommen hatte, kam es vor der Moschee zu einer lautstarken Demonstration einer grösseren Ansammlung arbeitsloser Universitätsabgänger. „Wir wollen Arbeit!“, skandierten sie, als der Monarch im Begriff war, die Moschee zu verlassen. Die Fernsehübertragung wurde daraufhin abgebrochen, der öffentliche Auftritt des Königs abgesagt. Das war neu – und für marokkanische Verhältnisse unerhört: Dass sich der König Aug' in

Auge mit den Demonstranten deren Forderungen anhören
musste.